

## **Resolution**

### **Faschismus entschlossen bekämpfen - antifaschistischen Widerstand organisieren**

Schritt für Schritt erobert sich der Faschismus in Deutschland Deutungsmacht, Diskursraum und Zustimmung. Die Grenze des Sagbaren verschiebt er immer weiter nach rechts. Das hat bereits jetzt gravierende Folgen für Menschen, die der Faschismus zu Minderwertigen erklärt: Queers, PoC, Muslim\*innen, Behinderte, Frauen, Geflüchtete... erleben vermehrt Abwertungen, Beschimpfungen, Hass und Hetze, nicht nur in den sozialen Medien, sondern auch im Alltag. Das Leben wird unsicherer. Auch Gewalttaten sind keine Seltenheit mehr. Von der faschistischen Hetze ermutigt sind immer mehr Menschen bereit, ihrem Hass Taten folgen zu lassen. Sie bedrohen, prügeln und morden. Der Terror des NSU, die Ermordung Walter Lübkes und die Anschläge von Hanau und Halle sind keine Einzelfälle. Sie sind Ergebnis einer stetigen Radikalisierung Einzelner und der Gesellschaft insgesamt. Ihnen werden weitere faschistische Terrorakte folgen.

Als politischer Arm des Faschismus hat sich die AfD mittlerweile etabliert. Unverhohlen hetzt sie gegen Minderheiten, insbesondere aber gegen Geflüchtete, Migrant\*innen und Menschen, die die patriarchalen Machtverhältnisse in Frage stellen. In einer Zeit, in der das Wohlstandsversprechen für immer weniger Menschen eingelöst wird, in der Kriege, Naturkatastrophen und die notwendige ökologische Transformation der Wertschöpfung die Verteilungsfrage stetig zuspitzen und in der die regierenden Parteien auf den Dogmen des Neoliberalismus („Es gibt nichts zu verteilen“) beharren, kann die AfD problemlos und überaus erfolgreich mit der faschistischen Verteilungsparole „Deutsche zuerst“ punkten. Das zeigte sich zuletzt bei Landtagswahlen: In Hessen wurde die AfD mit 18,4 % zweitstärkste Partei, in Bayern nach der CSU und den Freien Wählern mit 14,7 % drittstärkste Kraft. In den neuen Bundesländern kann die AfD damit rechnen, bei den nächsten Wahlen stärkste Fraktion in den Landesparlamenten zu werden und auch in der Sonntagsfrage kommt sie aktuell auf deutlich über 20 %. Eine Regierungsbildung mit Faschisten wird damit in Deutschland wieder denkbar,

denn auch die sogenannte „Brandmauer nach rechts“ hat bereits jetzt etliche Schwachstellen. Und auch International gelangen immer mehr rechte und faschistische Parteien und Führer\*innen an die Macht.

In Rheinland-Pfalz bekam die AfD bei der letzten Landtagswahl 8,3 Prozent der Stimmen. In aktuellen Umfragen kommt sie aber auch hier bereits auf über 16 Prozent. Mit der Gründung des „Zentrum Rheinhessen“ in Mainz, betreibt die AfD offen und unverhohlen einen Vernetzungs- und Veranstaltungsort für Rechte und Rechtsextremist\*innen innerhalb und außerhalb der Partei. Ganz gezielt nutzt die AfD ihre Fassade als demokratisch legitimierte Partei, um hier eine rechte Kadenschmiede zu unterhalten und die Radikalisierung von Mitgliedern und Sympathisant\*innen voranzutreiben. Es ist davon auszugehen, dass in diesem Rückzugsraum der extreme Rechten auch Umsturz-, Bürgerkriegs- und Terrorfantasien kursieren.

Diese Entwicklungen besorgen uns zutiefst. Die demokratischen Parteien der sogenannten Mitte reagieren auf die faschistische Polarisierung mit an einer Annäherung ihrer politischen Positionen an das rechte Lager. Das wiederum gibt der AfD und der Diskursverschiebung nach rechts noch mehr Auftrieb. Jede Stimme, die man der AfD auf diesem Weg abnehmen kann, hat einen Preis. Und diesen Zahlen Menschen, deren Situation schon jetzt höchst prekär ist: Migrant\*innen und Geflüchtete. Ihre ökonomische und soziale Situation, aber auch ihre physische und psychische Sicherheit werden zur reinen Disponiermasse. Sie verlieren zunehmend ihre politische Lobby und finden kaum noch Beachtung mit ihrem Leid, geschweige denn mit ihren Forderungen nach Gleichberechtigung und Sicherheit.

Die politische und gesellschaftliche Linke muss sich dieser Entwicklung erkennbar widersetzen. Wir sind die Unterprivilegierten und kämpfen Seite an Seite mit allen die brutal ausgegrenzt werden – und zwar unabhängig davon, ob die Ausgrenzung mit dem ökonomischen/sozialen Status oder eben mit der Herkunft, dem Geschlecht, der sexueller Orientierung, der Hautfarbe etc. gerechtfertigt wird. Hier darf es kein Wackeln und auch keine Ausnahmen geben.

Angesichts der massiven Diskursverschiebung wird dieser Grundsatz aber auch in der LINKEN regelmäßig in Frage gestellt, verschwiegen oder nur sehr vorsichtig benannt, da die verteilungspolitischen Alternativen der neuen Faschisten auch bei den Ausgegrenzten und Unterprivilegierten selbst Anklang finden. Der Versuch, gleichzeitig einerseits offen zu bleiben für diejenigen, die den Rechten bereits zustimmen und andererseits mit sozialpolitischen Forderungen Mitstreiter\*innen und Wähler\*innen zu gewinnen muss aber - spätestens nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen - als gescheitert angesehen werden. Die Polarisierung von Rechts braucht einen erkennbaren Gegenpol, der genauso unzweifelhaft für die Gleichheit der Menschen eintritt, wie die Faschisten diese ablehnen. Die Entscheidungsfrage – auf welcher Seite willst du stehen? - muss gestellt und sie muss von jedem\*jeder Einzelnen beantwortet werden.

Mit denjenigen, die den Faschismus verhindern wollen, müssen wir für eine Gesellschaft kämpfen, in der das Gleichheitsversprechen radikal eingelöst wird. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen die bestehenden Machtverhältnisse überwunden und gelernt haben, friedlich, fair und solidarisch miteinander zu leben. Diese Vorstellung vom gesellschaftlichen Zusammenleben kann angesichts der eingetretenen Polarisierung aktuell nicht alle – und leider auch nicht alle Ausgegrenzten - mitnehmen. Manche, vielleicht auch viele, werden sich entscheiden, mit den Faschisten zu gehen und damit ein System unterstützen, dass bestehende Ungleichheit und Ausbeutungsverhältnisse zum eigenen Vorteil nutzt. Aber auf die dürfen wir nicht länger warten. Wir brauchen unsere Ressourcen für eine linke Gegenoffensive, die den Widerstand gegen den Faschismus organisiert und diejenigen verteidigt, die der Faschismus bereits jetzt massiv bedroht, bekämpft und bei seiner Machtübernahme erbarmungslos verfolgen wird. Die LINKE als Partei steht in der Verantwortung ihre verbleibenden Organisationsressourcen (Strukturen, Erfahrung, Vernetzung etc.) in den Dienst der Organisation dieses antifaschistischen Widerstands zu stellen.

Die LINKE in Rheinland-Pfalz und ihre Kreisverbände werden sich verstärkt an antifaschistischen Aktionen, Bündnissen und Netzwerken beteiligen und/oder

diese initiieren. Wir bringen unsere Solidarität mit denjenigen zum Ausdruck, die von rechter Hetze, Ausgrenzung und Gewalt betroffen sind. Wo immer möglich, versuchen wir Übergriffe zu verhindern und wo diese bereits geschehen sind, sorgen wir für öffentliche Wahrnehmung und Strafverfolgung. Wir bieten eine Plattform für Betroffene und für antifaschistisch Engagierte. Wir informieren über rechte Kadenschmieden, Denkfabriken und Tagungszentren, wie dem „Zentrum Rheinhessen“, und beteiligen uns an Gegenprotesten. Wir stellen uns rechten und faschistischen Parolen und Aktivitäten entschlossen entgegen und machen deutlich: Wir stehen auf der anderen Seite! Wir sind der Gegenpol – Ohne Wenn und Aber!